

Januar

Ausgabe 1 | 2011

Themen dieser Ausgabe:

- Schulgesetz
- Hochschulnovelle
- Klausur von Fraktion und Landesvorstand
- GAP (Gemeinsame EU-Agrarpolitik)
- Sprachheilzentrum Wentorf
- Gigitaliner
- Gorch Fock
- Mittelstandsförderung
- AKW Brunsbüttel/ Castor Transporte
- Dioxinskandal/ Verbraucherschutz
- Armut- und Reichtumsbericht
- Erwachsenen- und Weiterbildung

Neues Schulgesetz durchgepeitscht! Schwarz-Gelb fördert Willkür und Chaos an Schleswig-Holsteinischen Schulen

Es bleibt nur die Hoffnung auf schnelle Neuwahlen, nach dem die Landesregierung ihr Schulgesetz ohne jeglichen Rückhalt aus der Bevölkerung verabschiedete. Bereits im Vorfeld gab es einen breiten Protest gegen die geplanten Änderungen. Die Stellungnahmen der Fachvertreterinnen und Fachvertreter im Bildungsausschuss brachten umfangreiche Kritik hervor, die bei den Regierungsfractionen jedoch auf taube Ohren stieß.

In einer fast dreistündigen Debatte stellte sich die Opposition klar gegen den Gesetzesentwurf. Ab dem kommenden Schuljahr soll zwar an den Gymnasien wieder G9 angeboten werden dürfen, aber die Schulkonferenz entscheidet letztlich, ob eine Schule G8, G9 oder beides anbietet. Herr Klug hat damit ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Schulen zu Versuchsanstalten umwandelt. Für Eltern und SchülerInnen bedeutet das Chaos bei der Schulwahl. Denn möchte ein Kind gern einen G9-Weg beschreiten, obwohl die



Foto: dheuer@flickr.com

nahegelegenste Schule nur G8 anbietet, so müssen die Eltern den zusätzlichen Weg zum G9 Gymnasium aus eigener Tasche zahlen.

Einen herben Rückschlag müssen die Gemeinschaftsschulen hinnehmen. Das binnendifferenzierte Lernen kann, muss aber nicht beibehalten werden. Regional- und Gemeinschaftsschulen werden so zu einem Sammelbecken der verschiedenen Schulformen degradiert. Die Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaftsschulen haben in den letzten Jahren intensiv an ihren pädagogischen Konzepten gearbeitet. Lehrkräfte haben sich in diesem Bereich weitergebildet. Was davon übrig bleibt, ist nicht mehr als ein Etikettenschwindel. Die freie Schulwahl ist für Eltern und Lernende nicht mehr gegeben, wenn pädagogische Konzepte durch Beliebigkeit ersetzt werden. Doch statt Beliebigkeit brauchen die Schulen eine inhaltliche und personelle Stärkung. Durch die Einrichtung von Lerngruppen für Hochbegabte bildet man elitäre

DIE LINKE stellt die Weichen für 2011/2012 – „Konsequent sozial!“

Kiel. Am 23. Januar trafen sich Landesvorstand, Landtagsfraktion und die schleswig-holsteinischen Bundstagsabgeordneten Conni Möhring und Raju Sharma zu einer gemeinsamen Klausurtagung. Auf der Sitzung im Landeshaus legten sie den Grundstein für ihre Arbeit im nächsten Jahr und die Vorbereitungen zum Landtagswahlkampf. Als Gast gab Gabriele Wegener vom DGB-Nord eine kritische Einschätzung zur sozial-ökonomischen Situation im Land und den aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen. „Auf der Grundlage unseres Wahlprogramms von 2009 haben wir uns auf die Weiterentwicklung unserer Kernthemen verständigt. Unsere Hauptziele für Schleswig-Holstein sind ein gerechtes Bildungssystem, die Bekämpfung von Armut und der ökologische Wandel. Das bedeutet für uns, konsequent soziale Politik zu machen“, sagt Jannine Menger-Hamilton, Landessprecherin. „Eine besondere Herausforderung für DIE LINKE wird es sein, die finanzielle Situation der Kommunen in den Fokus zu nehmen.“ sagt Björn Radke, Landessprecher. Diese Ziele seien nur mit Bündnispartnern zu erreichen. Investieren wolle DIE LINKE auch in Zukunft in die Pflege bestehender und den Aufbau neuer Bündnisse. „Für die Forderungen der LINKEN gibt es in der Gesellschaft große Zustimmung. Wir werden 2011 und 2012 bestehende Bündnisse wie ‚Gerecht geht anders‘ pflegen und um weitere Bündnisse werben. Nur gemeinsam können wir Schleswig-Holstein sozial gerecht umgestalten“, so die Landessprecher.



Beschulungsstrukturen und verweigert die notwendige Förderung aller Lernenden. DIE LINKE fordert: Statt sich auf spezielle Förderkurse zu beschränken, müssen die Klassenfrequenzen verringert und das pädagogische Personal erweitert werden. Das ist die Grundlage für die Umsetzung des Inklusionsgedankens und für heterogene Lerngruppen.

Selbst auf kommunaler Ebene gibt es für Schwarz-Gelb Kritik aus den eigenen Reihen. Zahlreiche CDU-Bürgermeister mobilisierten im Vorfeld gegen die Änderungen des Schulgesetzes.

Für die LINKE gilt weiterhin: Es kann keinen Schulfrieden geben, solange Bildungsbenachteiligung und systematische Ausgrenzung im Bildungsbereich vorherrschen. Die LINKE verbindet mit der Schule einen klaren gesellschaftlichen Auftrag: Die gesellschaftliche Integration und die individuelle Emanzipation. Mit der Abkehr vom binnendifferenzierten Lernen im Rahmen des neuen Gesetzes kann dieser Auftrag nicht erfüllt werden. Die LINKE fordert deshalb auch in Zukunft freien Zugang zu guter Bildung für alle, Lehrmittelfreiheit, „Eine Schule für Alle bis Klasse 10“ und Entlastung des pädagogischen Personals.



LINKE Studierende, wie hier auch in Mainz leiden bundesweit unter zu wenig Masterstudienplätzen.
(Foto Milestoned@flickr)

Eine kleine Hochschulgesetzesnovelle der Landesregierung mit großem Änderungsbedarf

Neben dem Schulgesetz wurden in der Landtagsdebatte auch die Weichen für die hochschulpolitischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein gelegt. Mit der Änderung des Hochschulgesetzes versuchte das Ministerium auf die Studentenproteste des letzten Jahres zu reagieren und „nachzujustieren“.

Das verabschiedete Gesetz lässt viele Forderungen einer LINKEN Hochschulpolitik unberücksichtigt. Aus diesem Grund brachte die LINKE Landtagsfraktion ihre Änderungen in einem Antrag ein. Im Hinblick auf die Gleichstellung zeigt die Regierung auch weiterhin keine Ambitionen die bestehenden Umstände zu ändern. Man will auch weiterhin hinnehmen, dass es keinen ausreichenden Schutz vor sexueller Belästigung gibt. Frauen sollen in Lehre und Forschung weiter unterrepräsentiert sein. DIE LINKE nahm deshalb in ihrem Änderungsantrag die Forderungen der Gleichstellungsbeauftragten auf, und versuchte eine gesetzliche Verankerung zu erwirken.

Einen weiteren Kritikpunkt stellt die Mitbestimmung der Beschäftigten des UKSH dar, die im Gesetz enorm eingeschränkt wird. Hier forderte DIE LINKE die Streichung dieser Neuerung.

Die Landesregierung setzt weiterhin zunehmend auf eine wirtschaftliche Ausrichtung der Hochschulen. Professuren, die privat finanziert werden, müssen fortan nicht mehr ausgeschrieben werden. Dies wird dazu führen, dass die Wirtschaft bestimmen kann, wer eine Professur antritt. Die Freiheit von Forschung und Wissenschaft wird hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt. DIE LINKE fordert deshalb diese Regelung zu streichen. Stattdessen fordern wir die Offenlegung aller Nebenverdienste von Professorinnen und Professoren, um die Unabhängigkeit der Wissenschaft weiter zu stärken.

Für die Studierenden soll der Gesetzesentwurf eine Entlastung schaffen. Pro Modul soll in Zukunft nicht mehr als eine Prüfungsleistung erbracht werden. Eine längst überfällige Regelung.

Ein Alleinstellungsmerkmal LINKER Hochschulpolitik bleibt auch der freie Zugang zum Masterstudiengang für alle. Studierenden nur einen Bachelorabschluss zuzugestehen dient lediglich der Abschirmung einer Elite. BachelorabsolventInnen müssen einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz erhalten, so die Forderung in unserem Änderungsantrag.

Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP)

Die Fraktion DIE LINKE forderte im Rahmen der Plenardebatte eine soziale, ökologische und ökonomische Agrarpolitik und Entwicklung der ländlichen Räume zur neuen europäischen Finanzperiode 2014 – 2020 und dem Auslaufen der Verordnungen zu den Strukturfonds 2013. Dabei betonte sie insbesondere die Chance der künftigen Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Politik zu nutzen, sozialen Fortschritt, verbesserten Umweltschutz voranzutreiben und Ressourcen und Klimaschutz effizient zu betreiben. Insbesondere mit der Schwerpunktsetzung auf soziale und ökologische Aspekte der Agrarpolitik besonders einzugehen, hob sich die Linksfraktion von den anderen Fraktionen ab. Die Debatte hierum wird im Umwelt- und Agrarausschuss des Landtages weiter geführt.



Um einer breiten Bevölkerung den Zugang zum Studium zu ermöglichen, wäre es dringend nötig die Rahmenbedingungen für ein Teilzeitstudium zu schaffen. Alleinerziehende Mütter beispielsweise haben in Schleswig-Holstein kaum Möglichkeiten ihr Studium zu absolvieren. Herr de Jager hat bereits angekündigt der kleinen Novellierung eine große Gesetzesnovelle noch in dieser Legislaturperiode folgen zu lassen. DIE LINKE wird sich auch weiterhin auf jeder Ebene für ein ausfinanziertes freies Bildungssystem einsetzen.

Demonstration vor dem Landeshaus für den Erhalt des Landesförderzentrums Sprache in Wentorf

Das Landesförderzentrum Sprache in Wentorf leistet seit Jahren einen besonderen Beitrag im Bereich der Sprachförderung und genießt durch seine fachlich ausgezeichnete Arbeit bundesweit hohes Ansehen. Dennoch plant die schwarz-gelbe Regierung das Landesförderzentrum in Wentorf zu schließen und nach Schleswig zu verlegen.

Mit einer Mahnwache, stellvertretend für zahlreiche Eltern in Schleswig-Holstein, demonstrierten am 27.01 engagierte ElternvertreterInnen und Betroffene vor dem Landeshaus gegen eine Schließung. 1,2 Mio. € sollen so eingespart werden. Mit der geplanten Verlegung nach Schleswig führt die Landesregierung das fort, was sie bereits in anderen Bereichen begonnen hat. Wie die Kürzungsmaßnahmen bei Frauenhäusern und beim Blindengeld zeigen, kürzt man weiter auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft.

Eine Anfrage der LINKEN hat gezeigt, dass derzeit keine ausgearbeiteten Konzepte für die Zusammenlegung existieren, die sicherstellen, dass keine zusätzlichen Investitionskosten anfallen. Im Gegenteil, bereits 2008 wies das Sozialministerium darauf hin, dass „die freien räumlichen Kapazitäten in Schleswig nicht ausreichen würden. Eine Verlagerung der Schule wäre nur mit erheblichem Investitionsaufwand möglich.



Wolfgang Kubicki (FDP) traute sich allen Ernstes den Betroffenen gegenüber zu treten.

Aspekt genutzt werden. Ein Verkauf dürfte damit nicht unproblematisch werden. Das Gelände bietet darüber hinaus eine ideale Lernumgebung für die Schülerinnen und Schüler. Hier haben sie ausreichend Möglichkeiten die Sprachentwicklung weiter auszubauen, die eng mit der motorischen Entwicklung verbunden ist. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Kürzungen, die mit der Zusammenlegung angestrebt werden, nicht gegeben und eine Verlegung des Sprachförderzentrums nach Schleswig auch aus pädagogischer Sicht nicht vertretbar. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des Landesförderzentrums Sprache in Wentorf und gegen die Privatisierung von Landesimmobilien im Bildungsausschuss ein, wohin das Thema aus Zeitmangel erstmal verschoben wurde.

Hierfür stünden in absehbarer Zeit keine Landesmittel zur Verfügung“ (Bemerkungen 2008 des LRH).

Auch bei der Entscheidung den Standort Wentorf zu schließen, wurden die Beteiligten nicht einbezogen, man stellt sie vielmehr vor vollendete Tatsachen. Demokratie und Transparenz bleiben so erneut auf der Strecke.

Aus der kleinen Anfrage der LINKEN ergibt sich weiterhin, dass die Landesregierung plant, das denkmalgeschützte „Haus Weltevreden“ zu verkaufen. Der Flächennutzungsplan weist das Grundstück jedoch als „Fläche für Gemeinbedarf, Schule“ aus. Demnach kann das „Haus Weltevreden“ nur unter diesem



Ellen Streitbürger, unsere bildungspolitische Sprecherin war von Anfang der Proteste solidarisch mit dabei.

„Mittelstands-förderungsgesetz“

Die Landesregierung hat in den Landtag ein so genanntes „Mittelstandsförderungsgesetz“ eingebracht. Dies beinhaltet einen Zwang zur „kontinuierlichen Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten von Leistungen und Unternehmen der öffentlichen Hand“ und bezieht in diesen Zwang ausdrücklich die Kommunen mit ein. Außerdem enthält das Gesetz lediglich minimale Regelungen zur Tariftreue. Weder soziale und ökologische Mindeststandards noch ein Mindestlohn sind im Gesetz enthalten.



Björn Thoroe erneuerte für DIE LINKE die Forderung nach einem Mindestlohn von 10 Euro im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe und sagte zum Privatisierungszwang, der übrigens ebenfalls in einem Änderungsantrag der GRÜNEN enthalten war: „Was ist denn in den letzten zehn, zwanzig Jahren anderes geschehen, als dass alle Gemeinden nicht nur in Schleswig-Holstein geprüft haben, was noch zu privatisieren wäre? Und was ist das Ergebnis der wirklich vollzogenen Privatisierungen? Ein einziges Desaster! Heute suchen viele Gemeinden auch in Schleswig-Holstein händeringend nach Möglichkeiten der Rekommunalisierung. Nur wenn die öffentliche Hand Einfluss auf die Daseinsvorsorge nehmen kann, ist gewährleistet, dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge für die Menschen da sind. Daseinsvorsorge in privaten Händen ist immer in erster Linie auf Profit aus und zielt nicht darauf das Beste für die Menschen vor Ort zu erreichen“.

Armuts- und Reichtumsberichterstattung als wissenschaftliche Grundlage strategischer Armutsbekämpfung einführen



„Die Armut wächst. Die soziale Spaltung der Gesellschaft schreitet voran. Besonders hoch in dieser Gesellschaft ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende, für Familien mit drei und mehr Kindern, für Menschen mit Migrationshintergrund und für Langzeitarbeitslose. Jedes sechste Kind ist arm. Ganz offensichtlich brauchen wir eine aktive Armutsbekämpfungspolitik. Die Landesregierung inszeniert mit ihren Haushaltsbeschlüssen vom Dezember das genaue Gegenteil: Soziale Netze werden zerfleddert. Projekten, Einrichtungen und Initiativen wird der Boden unter den Füßen weggezogen“, erklärte Antje Jansen, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag, in ihrer Rede anlässlich des Antrags der LINKEN. Antje Jansen weiter: „Ein regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht soll die Ergebnisse einer systematischen Armutsbeobachtung zusammenfassen und auswerten.“

Der letzte Armutsbericht, den die Landesregierung in Schleswig-Holstein vorgelegt hat, stammt aus dem Jahr 1999. Seine Daten sind nicht mehr vergleichbar. Im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 findet Schleswig-Holstein Platz in einer Fußnote; er nimmt keine Länderanalysen vor. Daneben gibt es in der Tat eine Vielzahl von Datenquellen, sowohl in der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik als auch in den veröffentlichten Untersuchungsergebnissen von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden.

Diese Vielfalt ersetzt nicht die Notwendigkeit, in einem regelmäßigen Armutsbericht die Ergebnisse einer systematischen Armutsbeobachtung zusammen zu fassen und auszuwerten. Es ging und geht dabei um die Idee der Präventionsarbeit gegen gesellschaftliche Spaltungsprozesse. Und inzwischen weiß man, dass der Blick dabei nicht allein auf die Armut zu richten ist, sondern ebenfalls auf die Entwicklung des Reichtums, wenn soziale Ungleichheit bekämpft werden soll.

Eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung soll aber auch ganz nüchtern die Folgen der sozialen Kürzungspolitik dieser Landesregierung abbilden. Wir können uns nun einmal nicht vorstellen, wie die Streichung des beitragsfreien dritten KiTa-Jahres oder die Streichung der Schülerbeförderungskosten dabei helfen, gleiche Bildungschancen für alle zu verwirklichen.“

DIE LINKE blieb mit ihrem Antrag in der Landtagsdebatte allein. Es wird also keinen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht geben. Immerhin bleibt der Antrag der Fraktion die LINKE nicht völlig folgenlos, denn der Landtag hat beschlossen, das Thema im Juli wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Landesregierung soll dann berichten, welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für Schleswig-Holstein der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zulässt.

„Weiterbildung und Erwachsenenbildung darf nichts kosten“

So muss man wohl die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW zusammenfassen. Zum einen wird in der Antwort auf die große Bedeutung der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung hingewiesen, in der konkreten Praxis werden die entsprechenden Töpfe zusammengestrichen. So ist im Landeshaushalt für 2011 und 2012 der Bereich der Erwachsenenbildung massiv beschnitten worden. Daraus resultieren Existenz gefährdende Folgen für Bildungsträger und ehrenamtlich Aktive. Auch auskömmliche Einkommen für Lehrkräfte z.B. an Volkshochschulen sind nicht in Sicht.

Für DIE LINKE forderte Uli Schippels gesetzliche Grundlagen für die Erwachsenenbildung: „Wir brauchen eine Grundversorgung in unserem Land, die weit über dem liegt, was mit dem wenigen Geld – das sie zur Verfügung stellen – möglich ist.“

Auch die Pläne der Landesregierung bei der Weiterbildung lassen nach Ansicht der LINKEN nichts Gutes erwarten. Erstens sind Weiterbildungsträger wie „Frau und Beruf“, die anerkannt gute Arbeit leisten, von massiven Kürzungen betroffen. Zum zweiten soll offensichtlich das Weiterbildungs- und Qualifizierungsgesetz beschnitten werden. Bei den bisherigen gesetzlichen Vorgaben zur Freistellung – zur Zeit 5 Tage pro Jahr – wird es wohl nicht bleiben.



Foto: Gerd Altmann/AlSilhouettes.com / pixelio.de

„Gorch Fock“

Der schleswig-holsteinische Landtag ist Pate des Segelschulschiffs „Gorch Fock“. Alle im Landtag vertretenen Parteien mit Ausnahme der LINKEN forderten in einer Resolution die Weiternutzung der „Gorch Fock“ als Marineschulschiff unabhängig von den Ergebnissen der gerade laufenden Untersuchung.



Björn Thoroë erzeugte mit seinem Vorschlag lautes „Geraune“

Foto von Gorch Fock: Horst Schröder@pixello.de



Da machte DIE LINKE nicht mit. In einem Änderungsantrag wurde die Übernahme des Schiffes durch das Land Schleswig-Holstein oder die Stadt Kiel gefordert.

Björn dazu: „Wir lehnen die militärische Nutzung der Gorch Fock ab, aber eines bleibt: Die „Gorch Fock“ ist ein wunderschönes Schiff. Sie einer breiten Öffentlichkeit, Jugendlichen und Kindern für eindrucksvolle Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, ist der richtige Weg.“

Sie einer breiten Öffentlichkeit, Jugendlichen und Kindern für eindrucksvolle Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, ist der richtige Weg.“

DIE LINKE setzt sich für eine Übernahme der „Gorch Fock“ durch die öffentliche Hand ein. DIE LINKE will, dass auf der Gorch Fock, gerne mit dem Landtag als Paten, zukünftig alle Menschen Segeln lernen können. Die „Gorch Fock“ als Segelschulschiff für alle. Das ist das Ziel der LINKEN in Schleswig-Holstein.“

Kernkraftwerk Brunsbüttel und Atommülltransporte durch Schleswig-Holsteinisches Gebiet

Auch in den Plenartagen im Januar war die Atomenergie ein Thema was nicht an Brisanz verliert. DIE LINKE forderte die Landesregierung auf, sich für eine Änderung des Atomrechts einzusetzen mit dem Ziel, eine Erhöhung des Einflusses der Bundesländer insbesondere auf die Genehmigungserteilung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten zu erreichen.

Zudem forderten wir den Landtag auf, sich klar gegen sämtliche Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch schleswig-holsteinisches Gebiet auszusprechen, die Gefahren der Atomenergie anzuerkennen und verbindlich festzustellen, dass der Umgang mit Atommüll weder national noch international geklärt ist.



Der störanfälligste Pannenreaktor: AKW Brunsbüttel im Kreis Dithmarschen

Foto: Greenpeace

Einige Oppositionsparteien begrüßten den Appell und die Forderung nach mehr Einfluss der Länder. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnte den Antrag ab!

Auch bezüglich der Frage nach der Berechtigung zum Leistungsbetrieb es des Atomkraftwerkes Brunsbüttel bezog die Linksfraktion eindeutig Stellung. Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende und energiepolitische Sprecherin, forderte Minister Schmalfuß auf eindeutig Stellung zu beziehen und

Gigaliner...

Björn Thoroë hatte für DIE LINKE einen Antrag gegen Gigaliner eingebracht. Gigaliner sind 25,25m lange, 40t wiegende LKWs, die in Schleswig-Holstein zurzeit auf drei Teststrecken fahren. Gigaliner sind eine große Gefahr für die Sicherheit im Straßenverkehr, schädigen den Straßenbelag massiv und verhindern die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Die der LKW-Lobby verpflichteten Fraktionen von CDU und FDP lehnten gegen die gesamte Opposition unseren Antrag ab. Stattdessen stimmten sie ihrem Gegenantrag zu.



eine Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brunsbüttel zu verhindern. Während die Regierungskoalition erwartungsgemäß das Ergebnis des Gutachtens in Abrede stellte, forderten die Oppositionsfraktionen geschlossen die endgültige Stilllegung des Atomkraftwerkes Brunsbüttel.



Foto RobinWood@flickr

Anträge zum Futtermittelrecht und zur Sicherung der Lebensmittelkette von Schadstoffen (Dioxin in Futtermittel)

Der Dioxin-Skandal war quasi „hausgemacht“ mittels des gepanschten Futtermittels des Herstellers Harles und Jentsch aus Uetersen in Schleswig-Holstein. Daher beschäftigte sich der Landtag explizit mit der Debatte um Verbraucherschutz und Lebensmittelkontrolle.

Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, forderte zusammen mit SSW- und SPD-Fraktion eine umfassende Sicherung der Lebensmittel vor Schadstoffen. DIE LINKE fordert endlich konkretes Handeln zum Schutze aller Bürgerinnen und Bürger, ein Bekämpfen der Ursachen und nicht nur das Behandeln von Symptomen. Ranka Prante stellte klar, dass so lange Massenerzeugung und Dumpingpreise das wichtigste sind, auch Qualität und Verbraucherschutz auf der Strecke blieben. Zudem legte sie mit Hinweis auf den Bericht des Landesrechnungshofes dar, dass schon im Mai 2010 dieser festgestellt hatte, dass die Lebensmittelüberwachung in Schleswig-Holstein nicht den rechtlichen Vorgaben entspreche. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen und wird voraussichtlich noch einmal Thema der Plenardebatte werden.



Guten Appetit!

Foto: wrw / pixello.de

Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag

V.i.S.d.P.:
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Telefon 0431 / 988-1612
Telefax 0431 / 988-1618
hall@linksfraktion-sh.de

Redaktionelle Beiträge:
Julia Nüß, Dana Tegge, Surya Stülpe, Jens Schulz, Dr. Thomas Herrmann, Uli Schippels, Björn Thoro

Zum 100. Internationalen Tag der Frau und dem 140. Geburtstag von Rosa Luxemburg

„Mensch sein“ im Sinne Rosa Luxemburgs

Anstöße zur aktuellen Politik von Frauen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein

Freitag, 4. März 2011 um 16 Uhr
Kasino im Landeshaus

Frauen lesen und reflektieren Zitate von Rosa Luxemburg in ihrer eigenen Muttersprache
Poetry Slam zum Thema mit Bente Varlmann und Björn Högsdal
Ausstellungsrundgang mit der Künstlerin Silke Staben

Es sprechen

Ranka Prante (MdB, Frauenpolitische Sprecherin)

Conni Möhring (MdB, Frauenpolitische Sprecherin)

Dr. Ursula Müller (ehem. Frauenbeauftragte und ehem. Staatssekretärin)

Marion Gurfit (Landessprecherin, kommunale Gleichstellungsbeauftragte)

Ayse Fehimli (DIE LINKE Ratsfrau Kiel, Sozialarbeiterin)

In Kooperation von:

DIE LINKE, Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dietsmibrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: 0431-988 1612
Email: hall@linke.lsh.de

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Rosa Luxemburg Stiftung
Regionalbüro Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 34
24103 Kiel
Tel.: 0431-2807043
Email: vogel@resalux.de

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN

100. enternasyonel kadımlar günü ve Rosa Luxemburg'un 140. doğum yıldönümü vesilesiyle

Rosa Luxemburg'un deyimiyile „Insan olmak“

Schleswig-Holstein' da yasayan göçmen kadınların güncel politikaya katkılan

Cuma günü, 4. Mart 2011 tarihinde, saat 16.00 da
Parlamento Kasino Salonunda

Kadımlar kendi ana dillerinde Rosa Luxemburg'un eserlerinden metinler okuyarak düşüncelerini yansıtırıyorlar
Bente Varlmann ve Björn Högsdal ile bu konuya ilişkin Sür etkinligi
Sanatçı Silke Staben ile sergi gezintisi

Konusmacılar

Ranka Prante (Fraksiyon başkanı DIE LINKE)

Conni Möhring (ulusal parlamento üyesi, kadın siyaseti sözcüsü DIE LINKE)

Dr. Ursula Müller (eski kadın sorumlusu ve müstesar)

Marion Gurfit (Schleswig-Holstein eyaletinin kadımlar kurulu)

Ayse Fehimli (DIE LINKE Kiel Belediyesinin kadımlar kurulu üyesi, Sosyal görevli)

DIE LINKE, Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dietsmibrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: 0431-988 1612
Email: hall@linke.lsh.de

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Rosa Luxemburg Stiftung
Regionalbüro Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 34
24103 Kiel
Tel.: 0431-2807043
Email: vogel@resalux.de

İsbirfigi ile:

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN

К международному женскому дню и 140- летию со дня рождения Розы Люксембург

„Быть человеком“ в понимании Розы Люксембург

Мотивация к содействию в актуальной политике
женщин-мигранток в Шлезвиг-Гольштейне

Пятница 4. Марта 2011 в 16:00
Казино в Ландтаг

Женщины читают и интерпретируют цитаты Розы Люксембург на родном языке
Поэтри слэм с Бэнте Варлманн и Берн Хёгсдал
Экскурсия по выставке с художницей Зилке Штабен

В дискуссии участвуют:

Ранка Пранте (Член парламента Шлезвиг-Гольштейн, Пресс-секретарь по вопросам женщин)

Конни Мёринг (Пресс-секретарь, политика в отношении женщин)

Кандидат наук Урзула Мюллер (бывш. ответственный по защите женских прав, вопросам семьи, женщин и бывш. государственный секретарь)

Мариян Гурлит (пресс секретарь по коммунальной гендерной политике Шлезвиг-Гольштейна)

Айше Фехимли и другие (Член партии „DIE LINKE“, сотрудник по социальным вопросам) и другие...

DIE LINKE, Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dietsmibrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: 0431-988 1612
Email: hall@linke.lsh.de

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Rosa Luxemburg Stiftung
Regionalbüro Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 34
24103 Kiel
Tel.: 0431-2807043
Email: vogel@resalux.de

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN

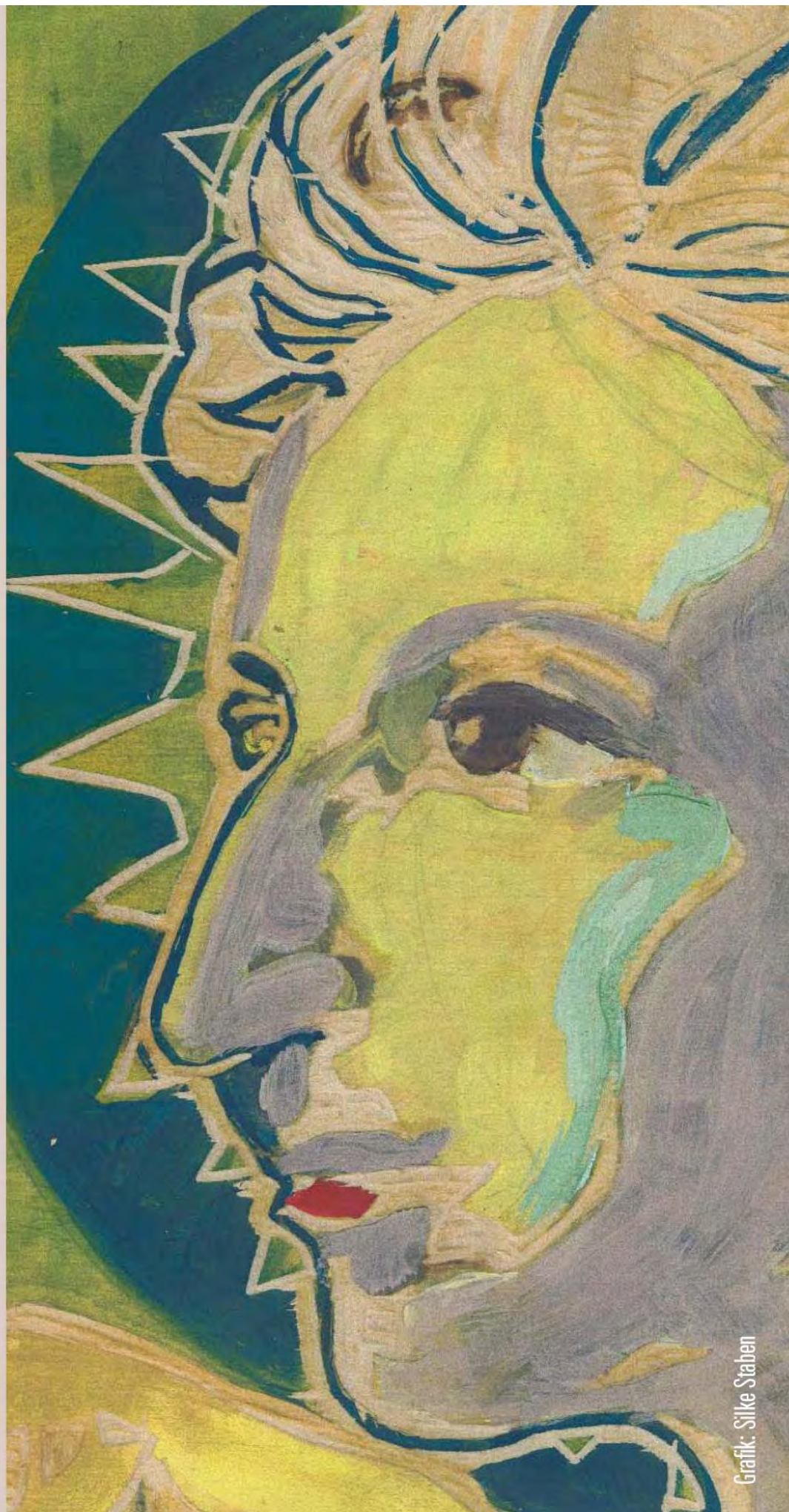
Вечер посвященный
международному женскому
дню и 140- летию со дня
рождения Розы
Люксембург состоится в
содействии с DIE LINKE и RLS

Zum Internationalen Tag der Frau und dem 140. Geburtstag von Rosa Luxemburg

Internationale Lesung | Poetry Slam | Grafik

Freitag, 4. März 2011 um 16.00 Uhr

Kasino im Landtag | Düsterbrooker Weg 70 | Kiel



Grafik: Silke Staben